

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterklasse in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 3

Er erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsstilus Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro ledigespaltene Nonpareillezeile 50 Pfg., für Zahlstellen 30 Pfg.

Unser Verbandstag.

Für unsere Bewegung wird die Tagung in Nürnberg ein Markstein für immer bleiben. In dieser Zeit, wo noch lange nicht die revolutionäre Gärung zum Abschluss gekommen ist, wo sich Richtungen streiten über die Kampftaktik und die Wege, die zum Ziele führen, war es vorauszu sehen, daß auch hier die Meinungen und Ansichten scharf aufeinander prallen mußten. Nicht Sprengung der Gewerkschaft war die Triebkraft dieser Strömung, sondern der Wille, die Organisation vor Schaden zu bewahren, sie durch klare Richtlinien in Bahnen zu leiten, auf denen es möglich ist, den Charakter des Klassenkampfes nie zu verwischen.

Die Arbeit ist geglückt. Besser als wir erhofften, als wir nach München fuhren. Wir haben keine Opposition. Es war ein großer Meinungsstreit. Die Stärker wollten vorwärts. Sie sind mit einer großen Dosis Mißtrauen behaftet infolge der Vorgänge innerhalb der Arbeiterbewegung seit Ausbruch des Krieges. Ueber das Verhalten der Generalkommission sind scharfe Worte gefallen. Die Leipziger Tagung hatte jedoch darüber entschieden, so daß eine weitere Beschlußfassung unterließ. Die Praktiker, die mitten in der aufreibenden Alltagsarbeit stehen, hatten wiederum die Vorteile, als Gutachter über unsere Machtverhältnisse auftreten zu können. Bei solcher Kräfteverteilung konnte nur Gutes für die Gesamtorganisation geschaffen werden. Freuen wir uns, daß es so ist! Jede revolutionäre Körperschaft bedarf Idealisten, die die treibenden Kräfte sind. Die in der praktischen Arbeit Stehenden sind abwägender in ihrem Handeln veranlagt. Sie denken die Eventualitäten in ihrer Wirkung bis zum Schluss aus, und dabei zeigt sich, daß große Hindernisse unsere Bahnen behindern. Anders kann eine vorwärtsdrängende Bewegung nicht sein. So läßt sich Gutes schaffen! Die Einigkeit über alles war das Leitmotiv, das die Tagung umrahmte. Schon vor Eintritt in die Tagesordnung wurde nach lebhafter Debatte, wobei jedoch von allen Rednern Zerstückelungsabsichten kategorisch, mögen sie kommen von rechts oder links, zurückgewiesen wurden, in namentlicher Abstimmung einstimmig beschlossen:

Die Delegierten des fünfzehnten (außerordentlichen) Verbandstages erklären, daß Mitglieder der unionistischen Betriebsorganisation oder Mitglieder, die deren Bestrebungen direkt oder indirekt fördern, nicht Mitglieder unseres Zentralverbandes sein können.

So muß es sein, wenn wir uns die Kraft erhalten wollen, die bei allen in der Zukunft notwendigen Aktionen unbedingt erforderlich ist.

Im Sachstandsbericht sollte Kollege Biermeier ein Bild auf über die fast übermenschliche Leistung aller Verbandsfunktionäre seit der Revolution. Das gewaltige Anwachsen der Organisation, die prächtigen Erfolge auf allen Gebieten wurden eingehend gewürdigt. Aber auch auf die großen Aufgaben wurde verwiesen, die in der kommenden Zeit bewältigt werden müssen. In der Diskussion wurde — abgesehen von kleineren Monita — die Geschäftsführung gutgeheißen.

Rückblick — Arbeitsgemeinschaft, die große Frage der Tagung, wählte die revolutionäre Leidenschaft der Gegner auf. Kollege Santes behandelte diese vielumstrittenen Probleme. Er versuchte klärend zu wirken. Die „Opposition“ schied als Korreferenten Kollegen Müller, Breslau, vor. Die Gegner waren, getragen von dem ehrlichen Bestreben, die Organisation vor der Versumpfung zu bewahren, nicht in der Lage, dem Verbandstag bessere Wege zeigen zu können. Bis dorthin, wo das Proletariat die Macht in die Hände bekommt, müssen wir uns stappweise durch Stützpunkte den Vormarsch sichern. Wir verstehen nicht die Gründe gegen die Arbeitsgemeinschaft in Anbetracht der Bewertung dieser Einrichtung durch die Anternehmer. Mit Recht wurde von beiden

Richtungen betont, daß dort ganz andere Motive für die Errichtung der Arbeitsgemeinschaft vorherrschend waren und nicht die ehrlichen Bestrebungen, den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsprozess zu bewerten. In namentlicher Abstimmung entschied sich der Verbandstag mit 108 gegen 47 Stimmen für die Arbeitsgemeinschaft. Die Resolution des Verbandsvorstandes wurde hierauf mit großer Mehrheit angenommen. (Wir werden sie in der nächsten Nummer veröffentlichen. D. N.)

Den Abschluß von Reichstaxifen für das Bäcker- und Konditorgewerbe beleuchtete Kollege Gehschold nach allen Seiten. In die Diskussion wurde, wie nicht anders zu erwarten war, die Mehlkontingentierung hineingezogen. Gegen die Genossenschaften fielen scharfe Worte. Die vom Referenten unterbreiteten Leitsätze wurden einstimmig angenommen.

Der Zusammenschluß zu einem Nahrungs- und Genussmittelindustrieverband trat schärfer als bei früheren Tagungen in den Vordergrund. Wir finden das erklärlich. Der Konzentrationsprozeß kommt allorts zur Geltung. Schwache Teile suchen Anschluß an große Einrichtungen. So drängen auch in den Gewerkschaften die Berufsverbände, soweit sie in einer Betriebsgemeinschaft sind, zu einheitlichen Organisationsformen. Kollege Biermeier war mit dem Referat betraut. Bei seinen chronologischen Darstellungen weisen die Spuren der Bestrebungen zur Errichtung eines Industrieverbandes bis in die neunziger Jahre zurück. Die Verhältnisse waren auch hier schärfer als der Wille der Anhänger des Industrieverbandes. In letzter Zeit ist diese Frage in das achte Stadium getreten. In einer Konferenz mit den in Frage kommenden Verbänden wurde eine Willensfundgebung beschlossen, nach der auf dieser Basis weitergearbeitet werden soll. In der Diskussion trat der einheitliche Wille zutage, alles einzuflehen, um baldigt den Industrieverband errichten zu können. Der Verbandstag stimmte dem Konferenzbeschluss zu und wählte eine fünfgliedrige Kommission, die mit dem Verbandsvorstand die weiteren Arbeiten zu erledigen hat.

Das Referat des Kollegen Fitz über „Unsere Maßnahmen gegen die Lehrlingszüchtereie“ wurde infolge der vorgeschrittenen Zeit dem Protokoll einverleibt. Hierzu wurde die vom Verbandsvorstand unterbreitete Resolution einstimmig angenommen.

Ueber den Gewerkschaftskongreß referierte Kollege Weidner. Der Verbandstag stellte sich auf den Boden der dort gefassten Beschlüsse. Als Neuerung werden in Zukunft die Delegierten durch Urabstimmung in den Zahlstellen gewählt.

Der Bericht des Kollegen Lantes vom dritten internationalen Kongreß wurde ohne Einwendungen entgegengenommen. Als Delegierte für den vierten Kongreß wählte der Verbandstag die Kollegen Biermeier, Hauck, Lantes und Gehschold.

Die gründliche Umgestaltung des Statuts, des Beitrags- und Unterstützungswe sens durch die Kommissionsarbeit erleichterte dem Plenum die Behandlung dieses Stoffes. Wir sind an dieser Stelle nicht in der Lage, die Beschlüsse wiedergeben zu können und werden das in den nächsten Nummern nachholen. Soviel jedoch heute: Die große Mehrheit entschied, die Organisation dadurch kampffähig zu gestalten, daß eine bedeutende Erhöhung der Streikunterstützung vorgenommen wird. Die Beitragleistung ist den bestehenden Lohnverhältnissen angepaßt worden und läßt die Beweglichkeit nach oben offen.

Bei der Vorstandswahl und der Festlegung des Sitzes der Zentralleitung wurde, nachdem Breslau den Antrag auf Verlegung des Sitzes nach Berlin zurückzog, im Handumdrehen eine Einigung erzielt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder und Redakteure wurden wiedergewählt. Der Sitz bleibt in Hamburg. Der in Berlin wohnende

Sekretär, Kollege Gehschold, erhielt einen bedeutend erweiterten Aufgabenkreis zugewiesen. Es würde ein Ausschussort errichtet zur Bearbeitung aller Fragen bei den Reichs- und preussischen Staatsbehörden, wozu Gehschold mit der Alleinvertretung betraut wird, soweit hierbei die Anwesenheit weiterer Vorstandsmitglieder nicht erforderlich ist. Diese Neueinrichtung machte sich in Anbetracht prompter Erledigung vielseitiger Fragen notwendig. Außerdem finden Militär-tarifangelegenheiten dort ihre Erledigung. Gleichzeitig ist dieser Sekretär mit der Leitung der Agitation und Lohnbewegungen im Bezirk Berlin wie seither beauftragt worden. Diese Neuerung wird zwecklos für unsere Organisation von Nutzen sein.

Der Sitz des Ausschusses bleibt in München.

Die Delegierten haben in wenigen Tagen gute Arbeit geleistet. Es konnte doch nicht anders sein. Jeder war von dem Gedanken durchdrungen, sein Bestes für die Organisation zu tun. So sehr die Meinungen auseinandergingen, immer wieder traten die Bestrebungen in den Vordergrund, die Einigkeit zu bewahren und die Kampfkraft zu stärken. Niemand konnte voraussehen, was die Zukunft bringen wird. Soviel wurde aber heute allen klar, es werden uns scharfe Kämpfe in der kommenden Zeit nicht erspart bleiben. Wenn sie siegreich ausgefochten werden sollen — und das ist unsere Aufgabe —, dann müssen alle Abzweigungsbestrebungen zurückgewiesen werden. Dann dürfen wir uns auch nicht Extravaganzen erlauben, die die Einheitlichkeit unseres Handelns stören könnten. Scharfe Kampfanfrage nach rechts und links. Wir werden jeden Angriff, mag er kommen von welcher Seite, scharf zurückweisen. Die Protektoren der Selben hätten zugehen sein sollen, als der Verbandstag gegen die Entscheidung des Reichsarbeitsministers Protest erhob. Sie würden dann begreifen, daß ein Zusammenarbeiten mit dieser Richtung undenkbar ist.

Die Tagung in Nürnberg hat uns klare Richtlinien für unser zukünftiges Handeln gegeben. Klarheit um vielumstrittene Fragen war dringend notwendig. Jetzt können wir auf der vorgezeichneten Bahn weiterarbeiten. Wir erwarten von allen Verbandsmitgliedern, daß sie sich auf den Boden der Beschlüsse stellen und gemeinsam beitragen werden zur Durchführung dieser Beschlüsse. Am 1. Juli tritt das neue Statut mit den neuen Beitragsbestimmungen in Kraft. Bis dahin muß allorts die Arbeit zur Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse zum Abschluss gekommen sein. Dann weiter auf der Bahn, die uns der Verbandstag gewiesen hat!

Eine Besprechung der Konditoren in Nürnberg.

Die auf dem Nürnberger Verbandstag vertretenen Konditoren hielten am 5. Mai eine Besprechung ab; sie wurde vom Kollegen Fitz mit der Erklärung eingeleitet, daß es dem Hauptvorstand nicht möglich war, weitere Kollegentreise zu dieser Besprechung zusammenzuführen, da die umfangreichen Arbeiten des Verbandstages die längere Tagung einer Sonderkonferenz unmöglich machten. Eine ganz eingehende Behandlung aller Fragen sei hier also nicht gegeben, aber es sei beabsichtigt, in absehbarer Zeit eine besondere Tagung für die Konditoren in Form einer Reichskonferenz einzuberufen. Als wichtigster Punkt für alle Verhandlungen in Kollegentreisen wurde dann in der Debatte die Frage der Sonntagsruhe bezeichnet, da diese noch keineswegs geklärt sei. Mit besonderer Wärme traten für die Verweigerung jeder Sonntagsarbeit die Vertreter von Mittel- und Süddeutschland ein. Von anderer Seite wurden Vorschläge für eine noch intensivere Agitation und eine viel schärfere Vertämpfung des Magdeburger Verbandes gemacht; letzterer wurde von allen Seiten wiederum als reine gelbe Organisation bezeichnet und Beispiele seines schädlichen Wirkens angeführt. Weiter wurde gewünscht, daß zu Propagandazwecken unsere tatsächlichen Erfolge auf dem Gebiete der Tarifpolitik besser, auch in Arbeitgeberblättern, verbreitet würden. Der Gedanke von Reichsfektionen innerhalb des Gesamtverbandes sowie erweiterte Vertiefung der einzelnen Branchen in der Presse fand bei den meisten Vertretern großen Anklang, aber es wurde auch gerade von solchen Kollegen,

die bisher am entschiedensten die Interessen der Konditor-gehilfen innerhalb des Verbandes zu vertreten und zu fördern mußten, betont, daß man mit der alten, in Fleisch und Blut übergegangenen Vereinsmeierei gründlich brechen und Neis die großen Ziele der Gesamtbewegung im Auge behalten müsse. Seitens des Verbandsvorstandes wurde dazu erklärt, daß selbstverständlich jeder Fachsimpelei entgegen-gekommen werden müsse, daß aber angesichts der immer größer und vielseitiger werdenden Organisation den einzelnen Gruppen naturgemäß auch mehr Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit gewährt werden müsse. Wie diese Fragen werden in nächster Zeit noch gründlicher erörtert und geklärt werden. Jedenfalls hat die Organisationsleitung den Willen, allen einzelnen Berufsgruppen jede Einrichtung zu schaffen, die zur besseren Vertretung ihrer Interessen notwendig ist. Eine Sektionsbildung im besondern werde dann möglich sein, sobald die Konditoren in ihren Reihen selbständig und tatkräftig arbeiten.

Der Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Hüf-, Back- und Teigwaren-Industrie

tagte am 29. und 30. April in Berlin und beschäftigte sich fast ausschließlich mit den Forderungen unserer Kollegenschaft auf eine Erhöhung der Feuerungszulage. Die im Februar bewilligte Zulage war bekanntlich weit hinter dem zurück-geblieben, was man erwartet hatte, und infolge der gerade seit dieser Zeit sprunghaft weiter hinaus rasenden Feuerung brängte man allerorten stürmisch auf eine neue Regelung. Die Organisationsleitung forderte unter Berücksichtigung aller Verhältnisse — auch der der Industrie selbst! — den doppelten Satz dessen, was im Februar zugestanden worden war und hoffte, daß die Einsicht der Unternehmer groß genug sei, um die Notlage der Arbeiterschaft verstehen zu können. Aber es hat noch nie einen so schweren Kampf um jeden Groschen gegeben wie bei diesen neuen Verhandlungen. In der höchsten Klasse (bei einem Ortszuschlag über 15 % für gelernte und Hilfsarbeiter über 20 Jahre) hat man entgegen der Forderungen von 2 K. Stundenzulage eine solche von 80 %; in der niedrigen Klasse (Arbeiter unter 16 Jahren bei einem Ortszuschlag bis zu 5 %) entgegen den verlangten 60 % nur 15 %! Die Verhandlungen, die öfter unentschieden zu ende drohten, zeitigten erst nach fast zweiwöchigem Verhandeln das unentschiedene Resultat. Die Arbeitnehmer erklärten dazu, daß sie es ihren Mitgliedern zur vorläufigen Annahme empfehlen und auch die gegenwärtige Gesamtlage der Industrie klarlegen werden; es sei aber vorauszusetzen, daß die geringen Jugendzuschläge große Unzufriedenheit erregen und sofortige Neuverhandlungen hervorrufen würden. Eine Verabreichung der Industrie sei nach einem solchen Abschluß der Verhandlungen in keiner Weise zu erwarten. Das Endergebnis war, daß nur dieselben Feuerungs- zulagen noch einmal bewilligt wurden, wie bei den Februar- zulagen.

Es ist also nachstehende weitere Feuerungszulage pro Stunde beschlossen:

In Tagen mit Ortszuschlag	Arbeiter		Arbeiterinnen	
	unter 20 Jahre	20 Jahre	unter 20 Jahre	20 Jahre
bis 5 %	40 %	55 %	30 %	35 %
von 7 1/2 bis 10 %	45	70	35	40
12 1/2 „ 15 %	70	85	40	45
über 15 %	85	100	45	50

Die Brot- und Kartoffelzulage soll weiter bezahlt werden. Die Feuerungszulage tritt in Kraft in der Backwaren- und Zuckerwarenindustrie am 12. April, in der Fleischer- industrie am 15. Mai, in der Reis-, Zwieback- und Teigwarenindustrie zu dem Zeitpunkt, an dem diese wieder produzieren können und die Höchstrente entsprechend erhöht ist. Für Bäckereibetriebe tritt die Feuerungszulage mit Wirkung vom 1. April in Kraft.

Auch die weiteren Verhandlungen trugen zum Teil einen recht scharfen Charakter, wozu jedenfalls der Umstand beitrug, daß sich diesmal eine größere Zahl der Herren Gehilfen aus den verschiedenen Unterverbänden eingeladen hatten. Gelehrsamkeit ist leider nicht immer mit besonderem Verhandlungsgeschick gepaart, zumal wenn man für die sozialen Bedürfnisse der Arbeiterschaft über- pt kein Verständnis mit auf die Waage gebracht hat. Die Herren erreichten allerdings, daß die ganze Lage auch in Fragen milder Bedienung wenig Freude brachte, aber es ließen die Interessen der Arbeitnehmer dann wirklich einen so großen Platz spielen, wie sie sich vielleicht vorstellen, ist eine ganz andere Frage. So zum Beispiel in ihrer hartnäckigen Ablehnung einer Verzögerung der Gesamtlage, wobei sie und die Vertreter der größten Firmen meinten, in solchen politischen Dingen gehe es um reinen Standpunkt. Es nicht, dem Arbeiter diese Lage zu erschließen. Welche zentrale Haltung die Herren in Wirklichkeit in den Tagen noch einnahmen, ist dem Arbeiter nur zu gut bekannt!

Es ist bedauerlich, daß es immer noch ein Antrag des Reiches besteht, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen die Fortbildungsschule besuchen, in der Zeit, wenn die Schulzeit in die Arbeitszeit fällt, der Lohn nicht zu zahlen, von dem Arbeitgeber abgezogen wurde. Wir haben, ohne viel Umstände, sich einmal sozialdemokratisches Verhalten an das Reichstag wegen dieser Art von Forderungen vor dem Reichstag vorgetragen und es wurde beschlossen.

In der noch letzten Zeit wurde im Auftrag der Kollegen ein Ortszuschlag von 15 % für Hüf- und Backwaren in Berlin erlassen, was ein Beispiel für andere Städte sein sollte. Dieses wurde aber von den Arbeitgebern nicht angenommen, sondern die Kollegen als ein Beispiel für die Industrie angesehen, was die Industrie als ein Beispiel für die Industrie angesehen.

Zur Arbeit der Konditorgehilfenvereine Groß-Berlins in letzter Organisation

Während die Duisburger Konditorgehilfen den Streik mit vorwiegend zentralen Bemerkungen aus großen Städten wie folgt hatten, haben es, als sollten in dem Raum weiter die alten, vorwiegend lokalen Verbände tätig sein, die man mit Reichsvereinen verbinden konnte. Man vermag aber, die Lage und Arbeitsbedingungen mit der

Konditorinnung tariflich zu regeln. Es kam auch ein „Tarif“ zustande. Man braucht aber nur darauf hinzuweisen, daß er in den Nachbarstädten wie eine kalte Dusche wirkte und in Oberhausen wurden durch ihn die kurz vor dem Abschluß stehenden Lohnverhandlungen bedeutend erschwert. Als isoliert bestehender Verein, war es dem Duisburger eben nicht möglich, die Löhne der Kollegen mit der fortwährend sinkenden Kaufkraft des Geldes in Einklang zu bringen. Zumal die Stimmung von ihrem starkreaktionären Standpunkt nicht abging und sich jeder vernünftigen Gehaltsregelung systematisch widersetzte. Jetzt brach aber in den Köpfen der Kollegen gewaltig die Erkenntnis durch, daß nur mit Hilfe einer zentralen Organisation die Lage verbessert werden könnte. Nachdem sich dann eine Anzahl Kollegen ganz energisch wieder für den Anschluß an einen Verband eingesetzt hatten, wurden Vertreter unserer Organisation und auch der Magdeburger Verband zwecks Information ein- geladen. Gegen den Zentralverband herrschte zunächst noch ein starkes Vorurteil, was an den damaligen Verhältnissen am Orte lag. Eine Entscheidung mußte aber zunächst einmal gefaßt werden. Der drohenden Verschleppungspolitik einzelner Kollegen wurde dadurch vorgebeugt, daß ein Antrag des Unterzeichneten: „Sofortige Abstimmung über den Anschluß an eine Organisation“, mit überwältigender Mehrheit an- genommen wurde. Und gegen die Stimmen einer noch verschwindend kleinen Opposition wurde der Anschluß an den Magdeburger Verband vollzogen. Trotz all dieser Schwierigkeiten arbeiteten aber die Freunde des Zentralverbandes un- entwegt weiter. Einen starken Bundesgenossen hatten sie dabei auf ihrer Seite, der schließlich alle Sophismen und rabu- listischen Zwirnspindeln zerriß, — das war die ökonomische und politische Entwicklung. Mit eherner Logik hämmerte sie allen Widerstrebenden die Erkenntnis ein, daß auf der völlig ungenügenden Basis des Magdeburger Verbandes niemals das Fundament zur Befreiung der Gehilfenchaft aufgebaut werden konnte. Der Kurs der „Magdeburger“ sank unter der Duisburger Kollegenschaft analog dem Wäl- schmund im Deutschen Reich. Nachdem alle Versuche, mit der Stimmung gütlich auseinanderzukommen, scheiterten, nach- dem alle Vorstellungen und Bitten bei der Magdeburger Ver- bandsleitung erfolglos blieben und diese nichts von sich hören und sehen ließ, rief man von Seiten des Vereins, nachdem die Kündigungssatz des alten Tarifs bereits über ein Viertel Jahr ab- gelauten war, den Schlichtungsausschuß an. Hier bekam der Vorsitzende den Weichsel, daß der Verein einer gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen sein müsse. Der Vereinsvorsitzende muß da wohl etwas verbucht gewesen sein, glaubte aber doch noch bemerken zu dürfen, daß der Verein dem Magdeburger Verbande angeschlossen sei. Da er aber auch hierin kein Verständnis fand, sah er sich vor fol- gende Frage gestellt: „Machen wir diese mittelalterlichen Zustände weiter mit oder schließen wir uns dem Zentral- verband an?“ Nach einem Vortrag unseres Bezirksleiters Wäcker wurde der Beitritt zum Verband einstimmig be- schlossen. Nun, Kollegen von Duisburg, werdet treue Mit- glieder in den Reihen der Klassenbewussten Kollegenschaft! Wie in Duisburg, so liegen auch die Verhältnisse in Müll- heim a. d. R. Kollegen von Müllheim, wir fordern Euch auf, geht die Harmonieaufzeit auf, schließt Euch reiflos den Duis- burger Kollegen an! Wir rufen Euch ein „Herzlich Will- kommen in unsere Reihen“ zu. Willi G. h.

Die Beschäftigung in der Mägel und Zucker verarbeitenden Industrie.

Im Märzheft des „Reichsberichtsblattes“ wird eine eingehende Darstellung über die Beschäftigung in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie veröffentlicht. Sie gibt ein Spiegelbild vom Monat Februar, ist aber auch jetzt noch von großem Interesse, da sich in den nachfolgenden Monaten keine Änderung zum Festen bemerkbar machte.

Die Teigwarenfabriken litten vielfach wegen Mangels an Mehl vollständig oder teilweise still oder waren nur schwach beschäftigt. Die Tätigkeit ent- sprach nach einem Bericht ungefähr einem Fünftel der normalen. Im Vergleich war die Lage günstiger als im Januar. Es wird angegeben, daß sie im Vergleichsmonat nur halb so günstig wie im Februar des Vorjahres gewesen sei. Die Zukunft von Mehl seitens der Reichsbehörde ist eingehend worden, und es wird betont, daß die Betriebe voraussichtlich bis zum Herbst zum Stilllegen kommen müß- ten. Ein ausführlicher Bericht weist darauf hin, daß schon im vorigen Jahre wegen Mehlmangels lange Zeit gestoppt werden mußte (ein Betrieb rund 4 1/2 Monate). Eine Ver- längerung der Betriebszeit ist unwirtschaftlich, weil die er- zeugte Ware rechtzeitig abgesetzt werden muß und bei verzögerter Arbeitszeit nur eine Verwertung von Heiz- stoffen und dergleichen einsetzen würde. Viele Betriebe, die infolge der durch die Reichsregierung verlangten Vorkonzessionen Verzögerungen erlitten haben und jetzt die Arbeiter entlassen müssen, werden der Schwereit Gefährdung ausgesetzt. Die Lage dieses Betriebszweiges, der ein Beschäftigungsmittel von hoher Beschäftigung, längerer Arbeitszeit und leichter Beschäftigung herstellt, wird als kritisch bezeichnet.

Für die Brot- und Kartoffelbäckerei hat ebenfalls im allgemeinen eine Verschlechterung festgestellt. Auch hier wird darauf hingewiesen, daß bis zur neuen Stelle kein Mehl mehr für Feld und Gärten geliefert wird.

Die Süßwarenfabriken arbeiteten teils bei durchschnittlicher und wegen Mangels an Zucker und Glukose schlechter als im Vorjahr und im Vorjahr; teilweise aber so gut und besser als im Februar 1919 zu tun. Für die Süßwarenindustrie war der Beschäftigung nach den vorliegenden Zahlen ebenfalls mäßig wie im Vorjahr und geringer als im Vorjahr. Nur eine Fortentwicklung wird ver- zeichnet eine Fortentwicklung in der Beschäftigung, im Vergleich mit dem Februar 1919. Die Brot- und Kartoffelbäckerei hat eine steigende be- schäftigungsmittel herstellt, was zu tun gehabt. Die Lage in gegen den Rest des Jahres im allgemeinen unverändert. Zum Teil hat eine Verschlechterung infolge des außer- ordentlich großen Zuckermangels festgestellt. Im Vor-

jahre fehlte Rohrzucker noch gänzlich, so daß diesmal wenig- stens für einzelne Erzeugnisse die Beschäftigung günstiger war. Was die Rohrzuckerlieferung angeht, so wird mit- von einem der Berichterstatter bessere Lieferung gegen Ende des Monats festgestellt.

Die Konserven- und Marmeladenindu- strie hatte ebenso ausreichend wie im Vormonat zu tun. Im Vergleich zum Vorjahr bestehen nennenswerte Unterschiede nicht, allerdings wird von einzelnen Berichten eine leichte Verbesserung, von andern ein wesentlicher Rückgang bemerkt. Der Rohrzucker mangel führte auch hier zu Betriebsstörungen. Der Absatz ist zum Teil wegen höherer Preise schlechter ausgefallen als im Vorjahr, ob- wohl großer Bedarf vorliegt.

Die Unternehmer machen mobil.

Das bekannte Scharfmacherorgan „Die Arbeitgeber- Zeitung“ nimmt in Nr. 17 zu den Reichstagswahlen Stel- lung. Die Ausführungen sind so interessant und zeigen uns, wohin der Kurs geht, daß wir auch unsere Mitglieder eine kleine Blütenlese unterbreiten wollen.

In einem Augenblick, wo alle Köpfe und Hände frei- gemacht werden sollen, beruft eine Regierung, ein Parla- ment, das freilich das Wort Freiheit ständig in dem Munde führt, eine Sozialisationskommission nach der andern.

Dem selbständigen Unternehmertum ist grimmigste Fehde angefaßt, obwohl im östlichen Kaschbierreich selbst der radikalste Bolschewismus reumütig zur Herrschaft der Intelligenz zurückzuführen beginnt.

Anstatt den Streik, diesen Krebschaden, der uns das letzte Mark aus den Knochen saugt, mit allen Waffen zu bekämpfen, begnügt man sich mit problematischen Maß- nahmen und Gesetzesvorschlüssen, die scheinbar nur dazu da sind, um die wirkliche Meinung der sozialpolitischen Drahtzieher zu verdunkeln. Denn diesen gilt offenbar der Streik, besonders in seiner höchsten Potenz des Genera- listik, als die wunderbare, nicht genug zu verherr- lichende Waffe des Proletariats, womit dieses in jedem Augenblick seinen politischen Macht Hunger zu befriedigen vermag. Man braucht nur an die wahnsinnige For- derung der Bezahlung der Streiktage während des letzten großen Nummern zu denken, um die eigen- tliche Auffassung der „herrschenden“ Kreise zu erkennen. Nicht eine Stunde Arbeit können wir heute erntehören, aber alle Maßnahmen richten sich darauf, neue Feiertage ein- zuweisen — es lebe der 1. Mai! —, um die Arbeitszeit zu verkürzen, um während der Arbeit möglichst viele Kräfte abzulenkten und die wirkliche Leistung zu verringern. Mag sich immerhin das Unternehmertum wohl oder übel mit den Betriebsräten abfinden, als erster Erfolg dieses Systems muß die Tatsache gebucht werden, daß eine un- endliche Menge an Zeit und Kraft auf Dinge verschwendet wird, die mit der so bitter notwendigen Steigerung der Produktion nichts zu tun haben. Alles richtig, und noch viel mehr Dinge müßten genannt werden, die dem Unter- nehmer ein für allemal den Glauben nehmen können, daß aus dieser Gegend jemals etwas Gutes kommen wird! — laßt alle Hoffnung draußen, die ihr bei diesem Wahlrecht einen auch nur glimpflichen Ausgang erwartet! Inwiefern wollen wir auch solchen Pessimismus entgegenreten. Nie- mals darf man die Plume ins Korn werfen, solange noch ein Schuß abgefeuert werden kann. Und am wenigsten darf sich das deutsche Unternehmertum, das gerade jetzt in dieser verzweifeltsten Lage so wunderbare Proben unerföpflich- licher Elastizität ablegt, einer feigen Selbstredung schuldig machen. Mag uns immerhin nur eine Minorität beschreiben sein, auch eine kraftvolle Minderheit kann schlimmstes Übel abwenden, kann unter Umständen den Weg zur Rettung zeigen. Vor allem kommt es auch darauf an, daß diejenigen Arbeitgeber, die vielleicht selbst parteipolitischen Tendenzen heuligen und darüber das wahre Ziel aus den Augen ver- loren, mit sich ernsthaft zu Rate gehen. Nur für solche Abgeordnete darf der Arbeitgeber eintre- ten, die eine Sicherheit dafür bieten, daß sie nicht wieder dem vorwärts streben- den Unternehmertum einen Anstich zwis- schen die Beine werfen. Darum ist heute mehr denn je das Unternehmertum, das freie unbehinderte Unter- nehmertum, dazu berufen, uns auf dem Weg aus diesen Wirren als Führer zu dienen. Ein Reichstag, der diese Tatsache nicht voll und ganz anerkennt, würde die Kata- stroph mit rasender Geschwindigkeit heraufbeschwören. Mit der Parole: Schutz und Freiheit dem Unternehmertum, Bekämpfung aller unternehmerfeindlichen Strömungen, wollen wir mutig und entschlossen in den Wahlkampf eintreten.

Es braucht nicht auseinanderzusetzen zu werden, wohin die Reise des isolierten Unternehmertums geht. Wehe der deutschen Arbeiterschaft, wenn diese Richtung bei den Reichstagswahlen siegen würde. Das muß bereut wer- den. Darum: Jedes wahlberechtigte Verbandsmitglied an die Kasse!

Wie bei den Christen Carife zustande kommen?

In der schwarz-weißen Cde des Deutschen Reiches, der alten Kaiserstadt München, haben die Christen einen gründlichen Meißel erlitten. Der Sachverhalt ist fol- gender: Mit großer Mühe und Opfern hat unsere Or- ganisation seit Anfang des vorigen Jahres auch hier Boden gefaßt. Die Mitgliederzahl stieg dauernd, und bis heute ist in der Aufwärtsentwicklung kein Stillstand zu verzeichnen. Schon lange vor der Münchener, für unsere Väter einen Tarif zum Abschluß zu bringen, da die Löhne die niedrigen im Reichslande waren. Die Arbeitszeit betrug noch immer bis zu 12 Stunden; Sonntags wird noch gearbeitet. Ueber- knabenbezahlung kennt man nicht. Die Verordnung vom 23. November 1918 ist den Arbeitgebern ein unbekanntes Ding. Die Reichs- und Gewerbetreibende kümmern sich nicht darum. So ist diese Zentrumsdemokratie ein Vorado für Gewerbetreibende. Schon im September reichte unser Kommittee einen Tarifentwurf bei der Innung und den

abzukaufen ein. Eine Antwort ist aber bis heute bei Bezirksleitung nicht eingegangen. Wohl aber kam einige später eine mündliche Mitteilung, daß gegen den Weststeier auf der belgischen Kommandantur ein Haftbefehl vorliege; er wurde gewarnt, in kommender Zeit keine Versammlungen abzuhalten und nicht mehr nach Aachen zu kommen. Mit der Ratifizierung des Friedensvertrages kam dann wieder neues Leben unter unsere Mitglieder. Am 18. Februar wurde ein neuer Tarif bei sämtlichen Arbeitgeber, Innung und Brolfabrikanten, eingereicht. Eine Antwort lief auch wieder nicht ein. Es wurde deshalb der Schlichtungsausschuß angerufen. Einige Tage später, bevor die Sitzung des Schlichtungsausschusses stattfand, konnte man nun in der Aachener Zentrums-Presse lesen, daß der christliche Verband einen Tarif für das gesamte Bäckergewerbe abgeschlossen habe. In der Sitzung des Schlichtungsausschusses wurde nun vom Bezirksleiter Ostermann festgestellt, daß bisher keine Aachener Bäcker im christlichen Verband organisiert waren, daß auch keine einzige Bäckergesellenversammlung, wo zum Tarifvertrag Stellung genommen wurde, der christliche Verband abgehalten habe. In den Tarifverhandlungen wurde kein im Bäckergewerbe tätiger Arbeitnehmer zugezogen. Der Tarif wurde von der Innung mit einigen christlichen Gewerkschaftsvertretern abgeschlossen, um den freien Verband auszuschalten. Der Schlichtungsausschuß mußte sich aber auf den gesetzlichen Standpunkt stellen und konstatieren, daß wirklich ein Tarif bestünde, und somit mußte der freie Verband erst den Nachweis durch Vorbringung von Vollmachtunterschriften erbringen, daß er Mitglieder habe. Die Unterschriften wurden beschafft und ein neuer Termin auf den 22. April angesetzt. Dort wurden erneut die oben geschilderten Tatsachen festgestellt, und der Schlichtungsausschuß versuchte nun, daß der freie Verband sich dem bestehenden christlichen Tarif anschließen solle. Hiergegen wandte sich Ostermann. Er forderte, da bis heute die Innung und noch keine Antwort auf den eingereichten Tarifvertrag gekommen ließe und der Tarif der Christlichen erst viel später eingereicht worden sei, wir nur einen Tarif abschließen würden, der durch direkte Verhandlung mit der Innung zustande käme, und stellte den Antrag, den christlichen Tarif für ungültig zu erklären und die Innung durch Spruch zu veranlassen, innerhalb 10 Tagen einen Tarifvertrag zu tätigen. Hiergegen kämpften die Christlichen, die verlangten, daß wir uns ihrem Tarife anschließen sollten. Nach einhundertstündiger Verhandlung fällt dann der Schlichtungsausschuß den Spruch: Die Bäckerei und die Brotfabrikanten sind gehalten, bis zum 15. Mai einen gemeinsamen Tarif mit den beiden Arbeitnehmerorganisationen abzuschließen. Die bisher festgelegten Lohnsätze bleiben vorläufig bestehen. Im übrigen wird der christliche Tarif als ungültig erklärt.

In den nächsten Tagen finden nun Verhandlungen wegen Abschlußes des neuen Tarifs statt. Der Schmerz unserer „Brüder in Christo“ ist groß. Wie haben sie sich bisher gebrüht mit ihrem Tarif, wobei der freie Verband nichts damit zu tun habe, nur der christliche Verband sei derjenige, der wirklich die Interessen der Kollegen vertritt. Der freie Verband habe immer nur große Worte in den Versammlungen. Wir können es diesen „Arbeitgebervertretern“ nachfühlen, daß trotz der dunkeln Machinationen und verständnislosem Zusammenarbeiten mit der Innung gegen den freien Verband eine Wut besteht, weil ihre Position schwand und ihnen, wie dem betrübten Lohngeser, die Helle weggeschwimmen.

Aachener Kollegen, zieht die Lehre hieraus! Wir kämpfen nicht mit dunklen Waffen, sondern frei und ehrlich. Eure Interessenvertretung ist nach wie vor der Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Bezirksleitung Köln, Sebestraße 109. Wendet Euch in allen Fragen an diese Adresse oder in schnell zu erledigenden Sachen an das Gewerkschaftskartell in Aachen, Bureau: Huboldstr. 58.

Das Reichswirtschaftsministerium gegen die Mehlkontingentierung.

Vom bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft wird den Kommunalverbänden ein vom 5. März datierter Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums an den Reichsarbeitsminister übermittelt. Im Anschreiben wird hierzu bemerkt:

Das Reichswirtschaftsministerium hat das im Abdruck beiliegende Schreiben übermittelt und ersucht, dafür zu sorgen, daß die von verschiedenen Gemeinden, zum Beispiel Nürnberg, Erlangen usw., für ihre Bezirke erlassenen Verordnungen über die Mehlguteile nach der Gehilfenzahl sofort aufgehoben werden und daß gegen den in einigen Orten und Ländern geplanten und zum Teil auch schon durchgeführten Gesellenbeschäftigungszwang nach der Fleischkartenzahl ganz energische Maßnahmen getroffen werden. Die Kommunalverbände werden beauftragt, im Sinne des anliegenden Schreibens zu verfahren.

Die Unternehmer haben bei der jetzigen reaktionären Regierung in Bayern ihren Willen durchgesetzt. Wir hoffen auch hierbei auf dieselbe Umdeutung der Wahrheit als in den an dieser Stelle schon früher besprochenen Eingaben der Unternehmer an die Regierung. Unseres Wissens besteht nirgends die Verordnung, daß den Bäckereien Mehl nach der Gesellenzahl zugewiesen wird. Wo die Mehlkontingentierung eingeführt ist, besteht sie nach dem Grundsatz, daß auf ein bestimmtes Quantum verarbeitetes Mehl eine volle Arbeitskraft beschäftigt werden muß. Es ist das die Abschaffung eines Arbeitspensums, das wir auch vor dem Meize in vielen unserer Tarife hatten, mit dem Unterschied, daß damals eine bestimmte Beschäftigung innerhalb einer Arbeitszeit vorgesehen

war und bei den heutigen Bestimmungen die Mindestleistung festgelegt ist.

Der Reichswirtschaftsminister ist auf die falsche Darstellung der Petenten ebenfalls zu einer falschen Schlussfolgerung gekommen; denn das, was er beseitigt wissen will, besteht in der Tat nicht. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Indem ich Bezug nehme auf mein unter dem 3. Dezember dorthin gerichtetes Schreiben über die schichtweise Beschäftigung der Arbeiter und die dadurch herbeigeführte Arbeitsstreckung, erlaube ich mir, heute noch einmal auf diese Frage zurückzukommen, und zwar nicht unter dem engeren Gesichtswinkel der Erwerbslosenfürsorge, sondern unter einem weiteren, allgemeinen volkswirtschaftlichen, wobei aber der Grundgedanke der gleiche wie in meinem damaligen Schreiben ist. Veranlassung hierzu gibt die Wahrnehmung, daß immer mehr die Anstiege um sich greift, Angehörige bestimmter Berufe in diesem unter Streckung der Arbeit weiter zu beschäftigen, um sie nicht der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen zu lassen. Vorher im Bäckergewerbe (hier durch die Mehlguteile nach der Zahl der Gesellen) geschicht dies im Fleischergewerbe (hier Beschäftigungszwang prozentual der Fleischkartenzahl), und diese Beispiele machen neuerdings auch im Handel Schule.

Dies Verschleppen der Berufsangehörigen kann doch nur Sinn haben in dem Fall, wenn der betreffende Beruf in absehbarer Zeit einen Aufschwung erwarten läßt, der dann die normale Beschäftigungsmöglichkeit aller Berufsangehörigen gewährleistet. Dort aber, wo diese Aussicht nicht besteht, ist dies Verfahren volkswirtschaftlich nicht zu verantworten. Denn es liegt klar auf der Hand, daß dies stets auf Kosten des betreffenden Gewerbes, das heißt der Produktion, geht und zwangsläufig eine Verteuerung des Produktes, das heißt eine Belastung des Verbrauchers, herbeiführen muß. Die wirtschaftliche Lage ist augenblicklich so, daß möglichst jede Hand produktive Arbeit leisten muß, und nur durch Anspannung aller Kräfte zur allgemeinen Hebung der Produktion werden wir allmählich in die Lage kommen, wieder mehr zu erzeugen als zu verbrauchen, mehr Ausfuhrwerte zu schaffen, um Rohstoffe und Nahrungsmittel einzuführen und unsere Baluta zu heben. Die Vermehrung, die wichtigsten Arbeitergruppen mit allen erdenklichen Mitteln zu der Erkenntnis zu bringen, daß sie im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu höheren Leistungen bei längerer Arbeitszeit verpflichtet sind, wird durch das Beispiel der für ein paar Stunden täglicher Arbeit vollen Lohn beziehenden Bäcker- und Fleischergesellen wieder illusorisch gemacht.

Aber dies Durchschleppen der Arbeitskräfte ist vom Standpunkt der Produktion ebenso wenig zu verantworten wie vom Standpunkt des Konsums.

Es liegt nahe, daß die Gemeinden versuchen, die schwer drückenden Lasten für die Erwerbslosenfürsorge irgendwie abzumwälzen. Wenn aber auf eine bestimmte, gering berechnete Zahl Sad Mehl oder Fleischarten ein nicht einmal zu einem Drittel beschäftigter Geselle eingestellt werden muß, so hat das eine Erhöhung der Brot- und Fleischpreise zur Folge, die die breite Masse der Verbraucher belastet. Damit einige Tausend Bäcker- und Fleischergesellen statt der Arbeitslosenunterstützung für eine mindere Arbeitsleistung den hohen Verdienst der wirklich Arbeitenden beziehen, muß das tägliche Brot, auf das gerade der kleine Verbraucher angewiesen ist, erheblich teurer bezahlt werden. Was diese indirekte Besteuerung für kinderreiche Familien bedeutet, braucht wohl nicht ausgeführt zu werden. Und dieser Umstand ist nicht etwa ein vorübergehender, sondern ein jahrelang sich hinziehender.

Wie im Bäder- und Fleischergewerbe, so wird in vielen anderen Berufen eine Scheinarbeit geleistet, durch die das Wirtschaftskleben immer mehr herunterkommen muß, durch die ferner — und diese Erkenntnis sollte unter den Arbeitnehmern dieser Berufe doch Platz greifen — sehr bald der Grundsatz der achtstündigen Arbeitszeit scheitern muß. Mehr und wirkliche Arbeitsleistung muß jetzt oberstes Prinzip sein.

Das ist aber nur zu erreichen, wenn die in einigen Berufen überflüssigen Arbeitskräfte auf solche Berufe umgestellt werden, wo Arbeitskräfte fehlen. Mag das für den einzelnen oft hart sein, das Allgemeinwohl verlangt es. Diese Umstellung wird natürlich am zweckmäßigsten bei den Arbeitslosen beginnen. Sie wird aber auch bei den Retribsarten einsehen müssen, wo das Kurzarbeitsystem (Stunden-, Tages-, Wochenschichten usw.) eingeführt ist, und sogar dort, wo ein solches oder eine Betriebsstilllegung in Aussicht stehen. Ergibt sich da, daß das betreffende Gewerbe aller Voraussicht nach in absehbarer Zeit nicht im alten Umfange wiederersteht, dann müssen unbenutzte Arbeitskräfte anderer produktiver Arbeit zugeführt werden. Wenn ich den Herrn Reichsarbeitsminister bitte, hierauf ganz besonders sein Augenmerk richten zu wollen, so weiß ich mich mit ihm vollständig ein, wie ich das zu meiner Freude aus seinem Schreiben vom 5. Dezember 1919 entnommen habe, und ich glaube, daß die dort im Anschluß an die gleichen Gedanken gemachten Vorschläge über das gegenseitige Zusammenarbeiten der beiden Ministerien nach dieser Richtung hin dem Wirtschaftskleben von erheblichem Vorteil sein werden.

S. E.: gez. G. S. i. s. c.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorsitzendes.

Quittung.

Vom 26. April bis 15. Mai gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:
 Für März: Gelle 553,75 M., Meise 74,10, Oelshw 28, Goldbus 148,50, Wm 284,90, Kaiserlautern 82,80, Mühlheim a. Rh. 284,35, Traunstein 99,20.
 Für April: Baugen 431,15 M.
 Für März und April: Peterow 185,20 M., Bonn 868,80, Grimmitzschau 217,80, Gifensach 299,75, Greifswald 376,50, Güstrow

462,70, Hagen 827, Jlimenau 299,20, Karlsruhe 684,80, Kolberg 290,95, Limbach 131,95, Lörrach 425,20, Lübeck 1576,25, Lüdenscheid 119,50, Lüneburg 133,80, Quedlinburg 24,50, Regensburg 848,85, Rostock 744,55, Sonneberg 261,65, Sorau 102,35, Straßund 465,75, Traunstein 87,30, Wegesack 237,30, Wernigerode 900,70, Zwickau 918,30.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Baugen 14 M.
 Für Abonnements und Annancen: Straßund 4,20 M., Innungskasse Berlin 22.
 Für „Technik und Wirtschaftswesen“: Peterow 9 M., Rostock 9, Greifswald 12, Lübeck 24, Baugen 2, Zwickau 25, Bonn 36, Grimmitzschau 2, Güstrow 57, Jlimenau 30, Karlsruhe 33, Kolberg 2, Limbach 30, Lüneburg 12, Traunstein 18, Wegesack 4.

Der Hauptkassierer. O. Freitag.

Sterbetafel.

Berlin. Albert Bülow, Bäcker, 46 Jahre alt, gestorben am 19. April.
 Lorch i. Rhld. Georg Schniepp, 63 Jahre alt, gestorben.
 Maria Munz, 44 Jahre alt, gestorben im April.
 München. Johann Reithofer, Bäcker, gestorben am 6. Mai.
 Tilsit. Otto König, 29 Jahre alt, gestorben am 27. April.

Ehre ihrem Andenken!

Eshnbewegungen und Streiks.
Bäcker.

Breslau. Der Tarif mit der Bäckerei wurde erneuert. Obgleich der Tarif mit den Großbetrieben noch bis zum 1. Juli Geltung hat, wurden die Löhne durch neue Teuerungszulagen auch hier geregelt, so daß vom 1. April an folgende Löhne gezahlt werden: In Großbetrieben für Ofenarbeiter und Zeigmacher 185 M., für Tafelarbeiter 175 M., für Bäckershilfsarbeiter 140 M., in Kleinbetrieben für erste Gesellen 175 M., für zweite Gesellen 157 M., für dritte Gesellen 140 M.

Dachau. Der neue Tarif vom 30. März setzt die Löhne wie folgt fest: Schiefer 165 M., Mäcker 155 M., Poßler 145 M., Gehilfen im ersten Gehilfenjahr 135 M.

Bezirk Dresden. Am 6. Februar wurde der Tarif mit der Innung erneuert. Die Löhne betragen für Werkmeister 160 M., Weißbäcker 140 M., Gehilfen über 20 Jahre 130 M. und Gehilfen unter 20 Jahren 120 M. Der Tarif erhielt rückwirkende Kraft vom 1. Januar und läuft unbefristet mit einer Kündigungsfrist von 2 Monaten.

Der am 15. Februar mit den Brotfabrikanten erneuerte Tarif hat gleichfalls Wirksamkeit vom 1. Januar, und läuft bis 31. März 1921. Die Löhne wurden für Bäcker auf 135 M. und für Hilfsarbeiter auf 145 M. festgesetzt.

Für Pirna betragen die Löhne vom 1. Januar an 136 bis 146 M.

In der Stampfmühle Söbelen wird vom 1. April an ein Durchschnittslohn von 160 M. gezahlt.

Im Konsumverein Partha beträgt vom 15. März an der Lohn gleichfalls 160 M.

Der Konsumverein Weihen gewährt vom 1. Januar an 154 M.

Erlangen. Durch Abschluß eines Tarifs mit der Innung betragen die Löhne vom 1. Februar an 110, 115 und 120 M. Für Kost und Logis können 35 M. in Anrechnung gebracht werden. — Im Konsumverein erhalten die Bäcker vom 1. April an 160,20 M. beziehungsweise 162,90 M.

Am 9. April kam auch mit der Bäckerei Güstrow ein Tarifvertrag zustande. Die Löhne betragen für Bäcker und Konditoren einheitlich 140 M. Es werden bis zu 2 Wochen Ferien gewährt; der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet bis zu 4 Wochen Anwendung. Der Tarif ist unbefristet und kann zum 1. und 15. jedes Monats gekündigt werden.

Mit den Bäckereimengen im Kommunalverband Hagenow i. Meckl. wurde am 8. April ein Tarif abgeschlossen, der Löhne von 110 M. bzw. 100 M. sowie Ferien und Lohnfortzahlung nach § 616 bis zu einer Woche vorsieht. Für die Schrlinge wurden gleichfalls Entschädigungen von 1 M. bis 3 M. und Ferien unter gleichen Bedingungen wie für die Gesellen vereinbart.

Bezirk Halle. Der Lohn im Konsumverein Kahla wurde vom 1. April an um 30 M., im Konsumverein Sangerhausen um 40 M., im Konsumverein Weixenfeld um 37,50 M. und im Konsumverein Zentersdorf um 50 M. erhöht.

Niel. Vor dem Lohn- und Arbeitsamt wurden für die Zeit vom 1. bis zum 30. April die Stundenlöhne um 22 bis 40% erhöht. Der Durchschnittslohn beträgt 204 M.

Sachsenwalde. Vom 1. April an beträgt der Durchschnittslohn 166 M. Durch den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der durch den Demobilmachungskommissar für verbindlich erklärt wurde, ist auch für die Schrlinge eine Entschädigung von monatlich 20 M. im ersten, 30 M. im zweiten und 40 M. im dritten Lehrjahre festgesetzt worden.

Für Magdeburg gelten laut Beschluß der Arbeitsgemeinschaft für das Bäckergewerbe beim Städtischen Arbeitsamt vom 8. April an folgende Löhne: Gesellen bis zu 20 Jahren 145 M., von 20 bis 24 Jahren 160 M. Selbstständig arbeitende und in Großbetrieben beschäftigte Gesellen erhalten 180 M.

Nürnberg. Der Tariflohn wurde vom 26. April an um durchschnittlich 41,68 M. erhöht. Im Konsumverein trat bereits am 27. März eine Erhöhung der Löhne um 52 M. in Kraft, so daß hier die Bäcker 202 M., Zeigmacher und Schichtführer 207 M. und die Oberbäcker 227 M. erhalten.

Regensburg. Die Tariflöhne wurden vom 19. April an um 30 M. erhöht.

Mit dem Bäckereimengenverband des Saarlandes wurde vom 29. März an ein Lohnanschlag von 80% vereinbart. Der Durchschnittslohn beträgt jetzt 196 M.

